

Alte Hansestadt Lemgo

SPD- Ratsfraktion

Alte Hansestadt Lemgo SPD-Ratsfraktion 32655 Lemgo

An den Bürgermeister Herrn Dr. Austermann,
die Fraktionen im Rat der Alten Hansestadt Lemgo
und die Mitglieder im Sozialausschuss

Lemgo, 30.08.2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder
und Mitglieder des Sozialausschusses,

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit den Stadtwerken, dem Energie- und Umweltzentrum, dem Verein Innovations-Zentrum u.a. Lösungen zu suchen, um Bezieherinnen und Bezieher von Mindestrenten, Alleinlebenden und Familien mit geringen Einkommen Hilfestellungen zum Energieeinsparen anbieten zu können.

Weiterhin auch bei den zu erwartenden hohen Nachzahlungsforderungen im Zuge der Energiepreisabrechnungen im Januar 2008 Hilfen aufzeigen .

Begründung:

Es darf in Lemgo nicht zu Situationen kommen, in denen Rentner, Alleinstehende und Familien mit Kindern, die nur über geringe Einkommen verfügen, im Winter in kalten Wohnungen sitzen, weil sie sich das Heizen nicht mehr leisten können. Der Deutsche Mieterbund hat veröffentlicht, dass der Durchschnittshaushalt heute 34 Prozent seines Haushaltsnettoeinkommens für eine warme Wohnung aufbringen muss! Darin sind die Stromkosten noch nicht enthalten. In einkommensschwachen Haushalten liegt die Wohnkostenbelastung gar bei 50 Prozent. Verantwortlich dafür sind die exorbitanten Steigerungen der Energiepreise.

Um Betroffenen eine Hilfestellung bei den zu erwartenden hohen Nachzahlungsforderungen im Rahmen der Jahresabrechnung im Januar 2008 zu geben und langfristig die Energieeinsparung grundsätzlich zu fördern, muss die Politik, insbesondere den Geringverdienern, Lösungen anbieten bzw. auch bei Vermietern für ein Gegensteuern werben. Eine Win-Win Situation für Mieter und Vermieter entsteht beispielsweise, wenn Vermieter in die Wärmedämmung u.a. investieren, Mieter anschließend weniger Energie verbrauchen und ihre Kosten-Einsparung mit dem Vermieter teilen. Also indirekt einen Anteil an den Investitionen übernehmen.

Mit dem Energie- und Umweltzentrum und dem Innovations-Zentrum haben wir im Mittelpunkt fachkompetente Berater vor Ort! Allerdings bedarf es einer Informationsoffensive über das breite Beratungsangebot. Mit Mut und Phantasie lassen sich weitergehende praktikable (und finanzierbare) Lösungsvorschläge erarbeiten. Das Wissen um öffentliche Fördermittel für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (CO²-Gebäudesanierungsprogramm) und alle technischen Voraussetzungen der Energieeinsparung sollte allen Wohnungseigentümern und Vermietern bekannt sein.

Investitionen kommen nebenher auch der heimischen Wirtschaft zu Gute kommen.

Ziel muss es sein auch die Mieterinnen und Mieter umfassender zu informieren, wann, wo und wie sie auch kurzfristig durch Verhaltensänderungen zu Hause Energie sparen können, also das Bewusstsein für energiesparendes Verhalten stärken und konkrete Vorschläge zur Realisierung im Alltag umsetzen. Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden, denn diese sogenannten „Verbrauchertipps“ sind verfügbar, aber längst nicht in allen Kreisen hinsichtlich ihres Einsparpotentials bekannt. Gezielte Informationen und Beratung bisher nicht erreichter Zielgruppen wäre erstrebenswert.

Mit Hilfe von zinslosen Darlehen oder Zuschüssen, beispielsweise in Form von Einkaufsgutscheinen, könnte einkommensschwachen Haushalten geholfen werden, neue, energiesparende Elektrogeräte gegen alte „Energiefresser“ auszutauschen. Ein solches Programm wird derzeit auch von der Bundesregierung diskutiert.

Mit diesem Antrag sind Sozialtarife ausdrücklich nicht gemeint. Davon gehen keine hinreichenden Signale zur Energieeinsparung aus. Bei Sozialtarifen wird sparsames Verhalten nicht belohnt, außerdem wäre die Berechtigungs-Prüfung und Feststellung mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Marcus Graeve
Stv. Vorsitzender Sozialausschuss

Udo Golabeck
Fraktionsvorsitzender